

KOMMENTAR

Afrika-Gipfel Europa beißt sich fest

Die EU mag sich gern mit dem Anstößer des größten Geldgebers Afrikas schmücken. Dabei gibt es keinen Grund, sich auf die Schultern zu klopfen. Wie oft war schon die Rede von einem Marshallplan für den schwarzen Kontinent? Nur allzu oft geben die Mitgliedstaaten große Versprechen, kommen dann aber ihren Beiträgen – etwa für den Afrika-Treuhandfonds – nicht nach. Das ist nicht nur fadenscheinig, sondern auch kontraproduktiv. Europa beißt sich an seiner Abschottungspolitik gegen illegale Migration fest. Gleichzeitig mangelt es an wirklich effektiven Programmen, die den jungen Afrikanern eine Perspektive vor Ort bieten und sie von der gefährlichen Reise übers Meer abhalten – in der Hoffnung, auf der anderen Seite eine bessere Zukunft zu finden.



Mirjam Moll
Büro Brüssel

Doch eines muss klar sein: Die Gemeinschaft kann noch so viel Geld in Entwicklungshilfe pumpen – wenn sie nicht dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Sondern in die Taschen von machtgerigen Despoten fließt. Damit ist nichts gewonnen. Die EU muss sich stärker engagieren, vor Ort begleiten, beim Aufbau von Infrastruktur und Bildungszentren helfen.

Selbst dann bleibt ein viel größeres Problem weiter ungelöst. Wenn Afrika seinen rasanten Bevölkerungszuwachs nicht einschränkt, wird sich die Zahl von Hungerleidenden und Arbeitslosen auf dem Kontinent sprunghaft vervielfachen. Doch dafür müssten Sozial- und Rentensysteme geschaffen werden. Der moderne Staatsapparat aber existiert in den meisten afrikanischen Ländern nicht. Hier sollte die EU unterstützen und beim Aufbau entsprechender Strukturen helfen. Andernfalls muss Europa mit einem viel größeren Andrang an Flüchtlingen rechnen als bisher. Dabei war die Gemeinschaft schon im Krisenjahr 2015 überfordert.

Heute ist der Zustrom nur so gering, weil Libyen die Menschen zurückhält und sie unter unwürdigen Umständen in Internierungslagern sperrt. Die Berichte über Sklavenhandel in dem Land dürfen für die EU-Staats- und Regierungschefs keine Überraschung sein. Wie oft haben die Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen auf die Missstände in dem Bürgerkriegsland hingewiesen. Doch für die Gemeinschaft ist die Hilfe von dort nur recht und billig.

Natürlich kann es keine Lösung sein, alle Menschen, die an der libyschen Küste auf ein Boot warten, direkt nach Europa zu holen. Aber die Perspektive, legale Migration in begrenztem Rahmen zu ermöglichen, könnte etwas in Bewegung bringen: Etwa, wenn junge Menschen, die bereits einen Beruf erlernt haben, für Austauschprogramme nach Europa bevorzugt werden. Solche Ideen gibt es schon länger – es ist an der Zeit, sie in die Tat umzusetzen. Die Gemeinschaft hat keine mehr zu verlieren, wenn sie für ihre eigene Zukunft vorbauen will.

politik@fnp.de

► Bericht auf dieser Seite

KOMMENTAR

Kita-Gebühren Die SPD greift an

Die Drei wird für Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel im nächsten Jahr zur Schicksalszahl. Er will bei der Landtagswahl im Herbst 2018 seine dritte und wohl letzte Chance nutzen, hessischer Ministerpräsident zu werden. Dabei werden er und seine Partei vor allem auf drei Themen setzen: Wohnen, Verkehr und Bildung. Der gestern im Landtag vorgelegte Stufenplan, mit dem die SPD die schwarz-grüne Landesregierung in puncto gebührenfreie Kita zu übertreffen versucht, kann durchaus als erster Aufschlag im Wahlkampf gelten. Das Thema ist gut gesetzt: Die frühkindliche Erziehung kann die ersten Weichen für eine erfolgreiche Bildungskarriere stellen. Ärmere Kinder, die zu Hause nicht gefördert werden, fallen sonst gleich zurück.

Die staatlichen Geldtöpfe sind gut gefüllt. Die SPD will das nutzen und sich wieder verstärkt als die Partei präsentieren, die dafür sorgt, dass Teile des Überschusses auch mal wieder bei den mittleren und unteren Bevölkerungsschichten ankommen. Das ist insoweit nachvollziehbar, als dass vielen Menschen seit Gerhard Schröders Agenda 2010, die den Wirtschaftsstandort gestärkt hat, viel abverlangt wurde. Nachweise für die immer wieder gehörten Aussagen, dass Deutschland ein reiches Land sei und es doch allen gut gehe, können viele Menschen in ihrem eigenen Leben kaum finden.

Dass die Landesregierung vor finanziellen Risiken des SPD-Vorschlags warnt und ab 2019 auf Rückzahlung der Alt-schulden setzt, ist fiskalisch löblich. Aber auf breite Zustimmung kann hier eher die SPD hoffen. Auch Wohnen und Verkehr sind Themen, die die Menschen bewegen. Es ist aber fraglich, ob die SPD damit so durchdringt, dass beim Wahlergebnis hinter Schäfer-Gümbels Schicksalszahl Drei nicht nur wie beim letzten Mal eine Null, sondern eine so hohe Ziffer steht, dass er die geplante Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition verhindern kann. Das wird schwer. Zur Erinnerung: Bei der Bundestagswahl erzielte die hessische SPD magere 23 Prozent.



Dieter Sattler
Politikchef

dieter.sattler@fnp.de

► Bericht auf Seite 9

LESERMEINUNG

Schmidt entlassen

Zu Glyphosat: Das Abstimmungsverhalten von Agrarminister Christian Schmidt ist ein Skandal! Trotz gegenteiliger interner Regierungsvereinbarung hat er seinen Vertreter in Brüssel angewiesen, mit „ja“ zu stimmen: Das gab den Ausschlag für die Zulassung dieses Unkrautvernichtungsmittels, obwohl Umweltministerin Barbara Hendricks dagegen war. Die CDU will laut Merkel mit der SPD, dem erhofften

Koalitionspartner, „vertrauensvoll und redlich“ zusammenarbeiten. Das ist ein Witz, wenn schon vor den grundlegenden Gesprächen der schlitzohrige Agrarminister die Regeln nicht einhält. Er muss sofort entlassen werden.

Jürgen Becker, Karben
Wir freuen uns über jeden Leserbrief, können aber nicht alle veröffentlichen und behalten uns Kürzungen vor. Unsere Adressen: Frankfurter Neue Presse, Frankfurter Allee 71-81, 60327 Frankfurt, oder per E-Mail an leserbrie@fnp.de



„Wenn mir das vorher einer gesagt hätte...“ Karikatur: Henn

„Schulz könnte das schaukeln“

Regierungsbildung Sprachforscherin Wehling sieht Möglichkeiten für die SPD, eine Heldengeschichte zu schreiben

Heute empfängt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die CDU-Chefin Angela Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer und SPD-Chef Martin Schulz, um Auswege aus der Regierungskrise zu beraten. Im Gespräch mit Redakteurin Wiebke Rannenberg erklärt die Wissenschaftlerin Elisabeth Wehling, wie sich die SPD in der derzeitigen Lage vom Vorwurf der Verantwortungslosigkeit befreien könnte.

Nach fünf Wochen Verhandlungen trat FDP-Chef Christian Lindner vor die Mikrofone der wartenden Medienleute und verkündete das Aus der Jamaika-Sondierungen. Hat er das geschickt gemacht?

ELISABETH WEHLING: Nicht so ganz. Zwar ist die FDP wie im Wahlkampf auch diskursiv in die Offensive gegangen, auch weil sie wusste, dass sie den schwarzen Peter zugeschoben bekommen. Christian Lindner sagte ja: Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren. Und er sprach davon, dass die Vertrauensbasis fehle, baute das Bild von einer drohenden schmutzigen Scheidung auf. Aber das hat nicht komplett gezogen. Grüne und CDU/CSU haben schnell eine gemeinsame Front gebildet und ein Gegennarrativ aufgebaut. Dabei haben sie die Rollen verteilt: Die CDU und Frau Merkel sind zurückhaltend geblieben. Die Grünen nicht so. Cem Özdemir sagt immer wieder in die Mikrofone: Die FDP hat „German Mut“ plakatiert, aber ich sehe hier „German Angst“.

Sprache und Politik

Elisabeth Wehling, geboren 1981 in Hamburg, ist Kognitionswissenschaftlerin an der University of California, Berkeley. Sie forscht unter anderem mit Methoden der Neuro- und Verhaltensforschung zu Ideologien, Verbreitung von Wertevorstellungen, Sprache sowie unbewusster und bewusster Meinungsbildung. Bekannt wurde sie mit Büchern wie „Politisch Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht“. ran

Ein Begriff hat derzeit Konjunktur: Verantwortung. Was sagt die Kognitionswissenschaftlerin dazu?

WEHLING: Da gab es sofort einen Framing-Konflikt zwischen der SPD und der FDP.

Was bedeutet noch mal Framing?

WEHLING: Framing läuft ständig in unserem Gehirn ab, es sind die neuronalen Strukturen, die unser Denken organisieren. Frames haben immer dann die größte Zugkraft im Gehirn, wenn sie möglichst konkret sind. Das Wort Verantwortung ist sehr abstrakt, es sagt unserem Gehirn erstmal nicht viel und muss semantisch ausgefüllt werden.

Und dazwischen bewegen sich SPD und FDP?

WEHLING: Ja, sie werfen sich gegenseitig vor, keine Verantwortung für das Land zu übernehmen. Ein recht abstrakter Vorwurf, der konkretisiert werden muss. Und da ist es insbesondere der SPD nicht gelungen, ihre Sicht auf die Verantwortung deutlich zu machen.

Könnte es denn gelingen? Oder ist der abstrakte Begriff Verantwortung der falsche, um auch die Gefühle der Menschen anzusprechen?

WEHLING: Ja, es könnte. Aber dafür hätte die SPD gleich nach Wahl viel intensiver auf einen Punkt konzentriert formulieren müssen: Wir können nicht die AfD als stärkste Kraft in der Opposition haben, deshalb gehen wir in die Opposition und sorgen für ein gesundes Gegen-gewicht. Denn der andere Grund, den Herr Schulz gleich nach der Wahl anführte – die Groko ist abgewählt, regieren wäre unverantwortlich – den kann man natürlich in Frage stellen. Zumal die SPD dann ja auch sagen muss, die Groko war nicht gut, aber unsere Politik war gut und verantwortlich für das Land. Das funktioniert nicht, man merkt einfach, wenn eine Geschichte nicht schlüssig ist.

Wie kommt die FDP mit dem Vorwurf der Verantwortungslosigkeit klar?

WEHLING: Da sagen manche: Erst spuckt Christian Lindner große Töne, aber dann macht er einen Rückzieher. Das kommt er schwer raus.

Einen Rückzieher würde aber auch Schulz machen, falls er sich doch auf



Elisabeth Wehling analysiert die Lage nach den gescheiterten Jamaika-Koalitionsverhandlungen. Foto: dpa

eine große Koalition einlässt. Quasi einen Rückzieher vom Rückzieher.

WEHLING: Aber er ist in der glücklichen Situation, dass er das schaukeln könnte. Die SPD könnte eine Heldengeschichte spinnen: Das Land muss regiert werden, denn Deutschland ist wichtig für Europa und die Welt. Und weil die anderen gescheitert sind, müssen wir jetzt die Verantwortung übernehmen. Denn diese Verantwortung, Deutschland zu regieren, ist wichtiger als die Verantwortung, die wir in der Opposition übernommen hätten. Aber wir müssen uns auch darauf verlassen können, dass FDP und Grüne sich zusammenraufen und den Oppositionspart in der besonderen Konstellation mit der AfD übernehmen.

Also Schulz als Retter der Nation?

Ja, er kann die Geschichte zu seiner Geschichte machen, in der er zwar damals recht damit hatte, in die Opposition zu gehen, er jetzt aber als der dasteht, der die komplizierte Situation auflöst.

Wird das so kommen?

WEHLING: Ich weiß nicht, ob das klappt. Im Moment herrscht ja eher internes Gezerre. Frau Nahles sagt so, Herr Schulz so und dann wird auch noch Olaf Scholz als möglicher was-auch-immer gehandelt. Da müsste sich die SPD auf eine diskursive Disziplin besinnen.

Es sollen ja auch die Mitglieder befragt werden, ob sie eine große Koalition wollen. Widerspricht das nicht der Heldengeschichte?

WEHLING: Nein. Wenn sie das alles gezielt und vorsichtig und gut

PRESSE

Kim Jong Un hat noch keinen Millimeter eingelenkt

Die italienische Tageszeitung *Corriere della Sera* geht auf den neuen Raketenstest Nordkoreas ein: Schritt für Schritt bis zum endgültigen Ziel: Eine Rakete bestückt mit einem atomaren Sprengsatz, die in der Lage ist, die Vereinigten Staaten unter Beschuss zu halten. Machthaber Kim Jong Un hat in den vergangenen Monaten Ressourcen investiert und mit dem Ausland gehandelt, um Technologien zu erlangen, die technische Hürden überwinden können, vor allem aber hat er keinen Millimeter eingelenkt. Es ist mehr als Grobheit, dass Kim wieder einmal beweist, seinen langen Marsch in Richtung eines nuklearen Waffenarsenals weitergehen zu wollen.

Frankreich riskiert bei Glyphosat einen Konflikt mit Deutschland

Die Pariser Zeitung *Le Monde* kommentiert die unterschiedliche Haltung beider Länder zum Unkrautvernichter Glyphosat: Zur allgemeinen Überraschung wird die Zulassung in Europa um fünf Jahre verlängert. 18 Mitgliedsländer haben den Vorschlag der EU-Kommission akzeptiert. Das Ergebnis ist der unerwarteten Kehrtwende Deutschlands zu verdanken. Monsanto steht vor dem Kauf durch die deutsche Chemiegroßgruppe Bayer. Präsident Macron, der die Erneuerung des europäischen Projekts zu seiner Priorität erklärt hat, hat dagegen angekündigt, dass Frankreich Glyphosat innerhalb von drei Jahren verbieten wird – auf die Gefahr hin, sich Deutschland und der Kommission entgegenzustellen.

navigieren würde, dann könnte die SPD daraus eine gute Geschichte machen. Sie könnten die Helden sein, die sagen, wir ziehen den Karren aus dem Dreck mit der Legitimierung unserer Mitglieder. Es darf aber nicht eine Geschichte werden wie: Wir beißen mehr oder weniger missmutig in den sauren Apfel. Oder: Wir sind für alles zu haben.

Vor der Wahl sagten Sie, die Menschen treffen ihre Wahl vor allem nach Moral- und Wertvorstellungen. Wie wirkt dieses Hin und Her auf die Wähler?

WEHLING: Kognitiv gesprochen ist das generell eher frustrierend.

Für alle Wähler gleich?

WEHLING: Nein. Wählerinnen und Wähler von Grünen und FDP zum Beispiel haben klare ideologisch-moralische Weltbilder, verkürzt gesagt ein neoliberales beziehungsweise ein stark fürsorglich geprägtes. Ich denke, aus diesem Verständnis heraus haben sich die Grünen so stark bewegt in den Verhandlungen. Sie haben gezeigt, sie wollen zumindest einige Prinzipien durchgesetzt sehen. Deshalb können grüne Wähler derzeit ideologisch-moralisch relativ gut dastehen, sie können sagen: Das Scheitern liegt nicht an unseren gewählten Vertretern, sie haben sich bemüht, entlang unserer Werte Kompromisse zu formulieren.

Und die FDP-Wähler?

WEHLING: Da gibt es zwei Typen: Überzeugte Neoliberale und die, die überspiert gesagt vom Schlafwagenwahlkampf von Merkel und Schulz genervt waren. Die würden im Zweifelsfall bei Neuwahlen abspringen. Aber im streng geprägten Weltbild der Neoliberalen haben Kompromisse einen nicht so hohen Wert, da geht es auch stark um das Erhalten der eigenen Autorität gegenüber anderen. Und da kann Herr Lindner als ein Mann mit Prinzipien gelten.

Wie fühlen sich die, die für SPD oder CDU votiert haben?

WEHLING: Ich denke, ein echter SPD-Wähler, ein echter CDU-Wähler, ist in seinen moralisch-ideologischen Werten eher unangestastet und unbeeindruckt von dem, was derzeit vor sich geht. Er ist vielleicht von Hin und Her genervt.

Aktionsplan gegen das Leid in Libyens Lagern

Gipfeltreffen Europa will den Afrikanern Zukunftshilfe leisten – erst einmal geht es um aktuelle Probleme

Eigentlich sollte es um die Zukunftsperspektiven für die Jugend Afrikas gehen. Doch dann beherrscht die dramatische Situation von Migranten in Libyen in Diskussion.

Abidjan. Die EU hat sich mit afrikanischen Staaten und den Vereinten Nationen auf einen Plan für Menschenrechte in libyschen Flüchtlingslagern geeinigt. Der libysche Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch stimmte nach Angaben aus deutschen Regierungskreisen

am Mittwochabend bei einem Krisen-treffen am Rande des EU-Afrika-Gipfels zu, dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und der internationalen Organisation für Migration (IOM) Zugang zu den Lagern in seinem Machtbereich zu gewähren. Ab wann die Regelung gelten kann, blieb zunächst offen. Es handelt sich zunächst um einen Plan, dessen Details noch ausgearbeitet werden müssen.

An dem Treffen hatten Kanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron sowie

Vertreter von UN, EU und Afrikanischer Union teilgenommen. Die afrikanischen Staaten hätten sich nach CNN-Berichten über Sklavensanktionen in Libyen bereit erklärt, nun selbst stärker als bisher die Initiative zur Verbesserung der teils menschenunwürdigen Lage in Libyen zu ergreifen.

Für die EU sind die Berichte über Vergewaltigungen, Sklaverei und Folter in Libyen hochbrisant. Sie hatte die dortigen Verantwortlichen zuletzt dazu gebracht, die Mittelmeerküste des Landes wieder zu

kontrollieren. Seitdem schaffen es Schlepperbanden deutlich seltener, Migranten aus anderen Teilen Afrikas auf den Weg nach Europa zu bringen – mit der Folge, dass die Menschen in Libyen festsitzen. Zugleich sorgen Machtkämpfe in Libyen aber weiter dafür, dass Migranten Opfer von Verbrechen werden können.

In bestimmten humanitären Notfällen sollten einzelne Menschen künftig auch in Europa aufgenommen werden können, sagte Merkel. Grundsätzlich solle jedoch

gelten: „Wenn Du illegal mit Hilfe von Schleppern nach Europa zu kommen versuchst, dann hast Du keine Chance.“

Der zweitägige Gipfel in der Elfenbeinküste wollte sich vor allem mit der Frage beschäftigen, wie die Zukunftsaussichten für junge Afrikaner verbessert werden können. Bis 2050 soll sich die Bevölkerung dort auf rund 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln. Das bedeutet, dass zusätzlich Millionen junger Afrikaner Essen, Bildung und vor allem Perspektiven brauchen. dpa